

LeserBriefe

Kritik am Verkauf des früheren DDR-Rundfunkgebäudes in Oberschöneweide

Michael Braun, der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, liegt mit seinen Forderungen an den Finanzsenator daneben. Berlin hat nur acht Prozent der Anteile an dem Gelände. Der Rest gehört den anderen beteiligten Bundesländern. Die wollten gegen den Willen Berlins den Verkauf - mit der Folge der jetzigen Versteigerung. Wenn die CDU hier den Senat kritisiert, sollte sie vielleicht zunächst fragen, welche Ziele die CDU-regierten Länder Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt eigentlich wirklich vertraten? Sieger blieb die CDU-Seite - und was war der Preis?

Bernd Schimmler, SPD-MdA, Mitte

Berliner Morgenpost vom 19.07.2006

Artikel aus der Berliner Morgenpost vom 17. Juli 2006

CDU: Verkauf annullieren

Versteigerung des DDR-Rundfunkgeländes für Opposition sittenwidrig

Der Millionen-Verkauf der alten DDR-Rundfunkgebäude an der Nalepastraße in Oberschöneweide hat zu scharfer Kritik durch die Opposition geführt. Michael Braun, medienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, nannte es gestern eine "Schlamperei" des Berliner Senats, nicht rechtzeitig und wirkungsvoll gegen den Verkauf vorgegangen zu sein. "Es zeigt, daß das gesamte Controlling bei Beteiligungen nicht funktioniert", so Braun.

Am Sonnabend war das 4,3 Hektar große Filetstück, auf dem sich die denkmalgeschützten Rundfunk-Gebäude mit dem wegen seiner exzellenten Akustik weltberühmten Sendesaal und den Studios befinden, versteigert worden. Der Berliner Schönheitschirurg Mustafa Mahjoub hatte mit 4,75 Millionen Euro das höchste Gebot abgegeben und den Zuschlag erhalten.

Im November 2005 noch hatte die Bau und Praktik GmbH aus Sachsen-Anhalt 350 000 Euro für das rund 13 Hektar große Gelände des ehemaligen DDR-Rundfunks - damals im Besitz der fünf neuen Bundesländer und Berlins - an den Liegenschaftsfonds Sachsen-Anhalt bezahlt. Neben der Fläche mit den denkmalgeschützten Gebäuden gehören zwei weitere Flurstücke zum Gesamtgrundstück, eins davon ist mit Altlasten im Boden behaftet, weil sich dort eine Tankstelle befand. Beide Areale sollen bereits an unterschiedliche Firmen weiterverkauft worden sein.

Braun: "Das Land Berlin muß jetzt die fünf Gesellschafter aus den neuen Ländern auffordern, das erste Geschäft wegen Sittenwidrigkeit rückgängig zu machen. Darüber hinaus sollten die Gesellschafter überzeugt werden, per einstweiliger Verfügung gegen die Übertragung des Eigentums ins Grundbuch vorzugehen."

Der Sprecher der Senatsfinanzverwaltung, Matthias Kolbeck, wies die Forderungen Brauns zurück. "Wir haben alle juristischen Möglichkeiten geprüft, den Vertrag in seiner Gültigkeit anzuzweifeln." Das sei aber nicht möglich. Berlin war ursprünglich zu acht Prozent am Grundstück beteiligt, bevor der Liegenschaftsfonds das Areal an die Bau und Praktik GmbH veräußerte.

Zuvor hatten schon der Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, Klaus Ulbricht (SPD), und die grüne Wirtschaftsexpertin Lisa Paus gefordert, den Kaufvertrag rückgängig zu machen. "Wir haben intensiv darauf gedrängt, daß der Senat bis zur Auktion alle rechtlichen Möglichkeiten dafür nutzt", sagt die Abgeordnete. "Doch jetzt sind die Chancen vertan."

Man solle jedoch untersuchen, wie es zum Verkauf des Grundstücks an die Bau und Praktik GmbH gekommen sei und wie der Vertrag abgeschlossen wurde.